

Beate Böhlen
Stadträtin
Hahnhofstr. 1
76530 Baden-Baden

29. Juni 2012

Pressemitteilung

Realistische Verkehrsplanung ist besser als falsche Versprechungen

„Mit dem vom Verkehrsministerium vorgelegten Entwurf des Maßnahmenplans Landesstraßen zum Generalverkehrsplan hält nun auch beim Landesstraßenbau eine realistische Betrachtung der Wirklichkeit Einzug“, sagt Beate Böhlen, bündnisgrüne Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Baden-Baden/Bühl.

734 Vorhaben aus dem Generalverkehrsplan für Aus- und Neubaumaßnahmen bei Landesstraßen wurden anhand von sachlichen Kriterien bewertet. Aus dieser Prüfung ergab sich, welche Straßenprojekte dringend angegangen werden sollen. Der Entwurf des Maßnahmenplans zeigt, welche Vorhaben voraussichtlich innerhalb von zehn Jahren realisiert werden können. Der nun vorgelegte Entwurf ist vorläufig. Bis zum 30.09.2012 gibt es ein Anhörungsverfahren, in dem die Betroffenen Ergänzungsvorschläge einbringen können. Abschließend wird das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur eine endgültige Liste veröffentlichen.

Für den Wahlkreis ist das Ergebnis der Prüfung aus Sicht von Beate Böhlen zufriedenstellend ausgefallen. Die Landesstraße L80 zwischen L85 und Leiberstung, die Landesstraße L83 zwischen Bühlertal und Hof, sowie die L67 zwischen Haueneberstein und Kuppenheim zählen zur Gruppe der Projekte, die für den Ausbau vorgesehen sind.

Mit der vorgelegten Liste wissen die Kommunen nun, woran sie sind. „Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat es stets vorgezogen, alles auf einmal zu versprechen, ohne eine realistische Finanzierung vorzulegen“, sagt Böhlen. „Die Vorgängerregierung hat uns eine Liste mit 734 angemeldeten Maßnahmen hinterlassen, die einen Finanzbedarf von 2,5 Mrd. Euro haben, ohne dass es dazu irgendeine Finanzierungsperspektive gab. Wir sagen nun, was mit den verfügbaren Mitteln vermutlich realisiert werden kann und legen damit die Karten auf den Tisch“, so die grüne Abgeordnete. „Klar ist dabei, dass der Erhalt des Landesstraßennetzes Vorrang hat. Dort, wo ein Ausbau zeitnah nicht möglich ist, setzen wir auf umfassende Sanierung“.

Das Verkehrsministerium ist mit der Vorlage des Maßnahmenplanentwurfs einer Berichtspflicht gegenüber dem Landtag nachgekommen und wir Anhörung zum Plan durchführen. „Die Priorisierung der Landesstraßen der nächste Schritt für eine ehrliche Verkehrsplanung“, sagt Böhlen abschließend.



Jetzt haben die betroffenen Kommunen, aber auch wir in den Fraktionen die Möglichkeit, uns zum Verfahren und den Listen zu äußern. „Uns Grünen sind starke Kriterien bei den Neubaumaßnahmen, die die Entlastung der Menschen und die Umweltverträglichkeit des Bauvorhabens abbilden, besonders wichtig.“

Zu Info

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat alle Anmeldungen geprüft, nach Kriterien bewertet und die Ausbaumaßnahmen in drei Gruppen unterteilt.

- Gruppe 1: Maßnahmen, bei denen die Mängel der bestehenden Trasse so groß sind, dass ein Ausbau dringend erforderlich ist.
- Gruppe 2: Maßnahmen, deren Ausbau zurückgestellt werden kann und die zunächst saniert werden sollen.
- Gruppe 3: Maßnahmen, die nicht ausgebaut werden müssen und die saniert werden sollen.

Um einschätzen zu können, ob ein Ausbau dringend erforderlich ist, wurde die jeweils angemeldete Maßnahme einer Mängelanalyse unterzogen. Hier spielten Kriterien wie der Zustands-, Sicherheits- sowie der Belastungs- und Umweltwert eine wichtige Rolle. Bei Neubauprojekten flossen Kriterien wie Kosten, Flächenverbrauch, die Entlastung der Menschen sowie die Ökologie in die Bewertung mit ein.

Durch die Zurückstellung eines Ausbaus oder den dauerhaften Verzicht auf einen Ausbau wird das Kostenvolumen der angemeldeten Maßnahmen um 550 Mio. Euro auf knapp zwei Milliarden Euro gesenkt. Maßnahmen der laufenden Bauprogramme werden unabhängig von der Priorisierung umgesetzt. Neubeginne aus dem Maßnahmenplan sind damit voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2015 möglich.

Mit freundlichem Gruß und der Bitte um Veröffentlichung übermittelt

Beate Böhlen
Landtagsabgeordnete B90/Die GRÜNEN
Baden-Baden